

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 22.04.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer

CDU

Herr Brüntrup
Herr Kuhlmann
Herr Dr. Lange
Herr Nettelstroth
Frau Steinkröger

SPD

Herr Klaus
Herr Prof. Dr. Öztürk Stellv. Vorsitz
Herr Suchla
Frau Bürgermeisterin Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hallau
Frau Schmidt

AfD

Herr Sahm
Herr Dr. Sander

Die Linke

Herr Möhlmeier
Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Gugat	(LiB)
Frau Oberbäumer	(Die Partei)
Herr Schatschneider	(BSW)
Herr Schraub	(Volt)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel
Frau Beigeordnete Beckermann
Herr Beigeordneter Adamski
Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Herr Maschmeier
Herr Voß
Herr Steinmeier
Herr Kricke
Frau Riemann
Frau Mülöt

Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 3
Dezernat 5
Ordnungsamt
Ordnungsamt
Presseamt
Büro Oberbürgermeisterin und Rat
Stab Dezernat 3
Büro Oberbürgermeisterin und Rat
-Schriftführung-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer eröffnet die 3. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung teilt sie folgende Änderungen mit:

- TOP 1 werde abgesetzt, da die Niederschrift noch nicht vorliegt.
- Erweiterung um eine Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema „Führerscheinstelle: Wartezeiten, Softwareumstellung und Serviceniveau“
- zu TOP 4.2 sei ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD eingegangen.
- zu TOP 16 habe die Verwaltung eine Nachtragsvorlage erstellt

Herr Hallau trägt vor, dass zum TOP 5 „Veranstaltungen in Bielefeld - stärken, entlasten und unterstützen, Ehrenamt ermöglichen“ eine Informationsvorlage vorliege. Da die Beratungszeit zu kurz gewesen sei, beantrage er eine 1. Lesung.

- einstimmig beschlossen -

Herr Gugat und Frau Welz erklären, dass sie sich zu TOP 11 Förderung von Projekten für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld“ befangen fühlen und aus diesem Grund in den Zuschauerraum wechseln würden.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der genannten Änderungen einstimmig beschlossen.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 02. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 05.03.2026**

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 2**Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Konzept Miete städtischer Räume (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0716/2025-2030

Herr Stadtkämmerer Kaschel verliest die Antwort auf die Anfrage, die auch im Ratsinformationssystem veröffentlicht worden ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Abschleppvorgänge im Parkraum (Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1007/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter merkt an, dass sich nur ein Bewerber gemeldet und somit den Zuschlag bekommen habe. Gleichzeitig würde sich eine Aufteilung in verschiedene Lose nicht anbieten. Dieses läge an der ungleichmäßigen Verteilung der Aufträge. Er sehe darin einen Widerspruch, da es nur einen Bewerber gegeben habe. Er rege an, durch eine Markterkundung einen echten Wettbewerb zu initiieren.

Herr Adamski weist darauf hin, dass die Vergaben durch die Vergabestelle der Stadt Bielefeld und dem Rechnungsprüfungsamt nach Recht und Ordnung geprüft würden. Je größer das Los, desto attraktiver und wirtschaftlicher sei das Angebot. Über die Aufteilung der Lose könne nachgedacht werden, wenn es dieses Angebot nicht gegeben hätte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Verkehrsregulierende Eingriffe im Parkraum im Dezember 2025 (Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1008/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter bestätigt, dass das Unternehmen im Dezember 2025 mit dem hohen Anfall fertig geworden wäre. Es könne aber nicht das Ziel sein, derart viele Abschleppvorgänge zu haben. Das Wegekonzept sei nicht optimal gewesen.

Herr Adamski macht deutlich, dass Abschleppen als letztes Mittel eingesetzt werde, wenn es für Feuerwehr und Rettungsdienste keine Durchfahrmöglichkeit mehr gäbe. Vor der nächsten Großveranstaltung, dem Leine-webermarkt, würden die Partner vor Ort pro aktiv sensibilisiert, damit diese Maßnahme vermieden werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Führerscheinstelle: Wartezeiten, Softwareumstellung und Ser-
viceniveau (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.04.2026)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1108/2025-2030

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

**Zu Punkt 4.1 Fahren ohne Fahrschein als Ordnungswidrigkeit (Antrag der
Fraktion Die Linke vom 03.02.2026) -am 12.02.2026 vom Rat ver-
wiesen-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0534/2025-2030

Herr Dr. Schmitz erklärt, dass Schwarzfahren eine Straftat und falsch par-ken eine Ordnungswidrigkeit sei. Schwarzfahren solle weiterhin verboten sein. Auf Strafanzeigen solle allerdings verzichtet werden.

Herr Schlifter merkt an, dass der Antrag aus dem Rat in den HWBA ver-wiesen worden sei, da Informationen von moBiel erforderlich seien. Aus diesem Grund sei noch keine Entscheidung möglich.

Herr Kuhlmann bestätigt die Ausführungen von Herrn Schlifter. Der Antrag solle mit Zahlen hinterlegt werden. Von moBiel gäbe es hierzu eine diffe-renzierte Betrachtungsweise. Der Bundesgesetzgeber sähe keinen Rege-lungsbedarf. Für Bielefeld solle keine Insellösung gefordert werden. Trotz-dem sei es sinnvoll, Zahlen von moBiel einzuholen.

Frau Oberbäumer räumt ein, dass es nicht um Zahlen ginge, sondern um Menschen, die aufgrund von Fahren ohne Fahrschein evtl. ins Gefängnis müssten. Der Antrag, Fahren ohne Fahrschein von einer Straftat in eine Ordnungswidrigkeit herabzusetzen, sei menschlich. Da von geringen Zah-len von moBiel ausgegangen werden könne, seien diese nicht relevant.

Herr Gugat unterstützt den Antrag vollumfänglich, aber es seien mehr In-formationen nötig, da allein die rechtliche Situation nicht klar zu sein scheint.

Herr Hallau unterstützt das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Es fehle in Bielefeld allerdings die rechtliche und politische Kompetenz. Bielefeld solle sich den Kommunen in Deutschland anschließen und so ein politisches Signal setzen.

Der Antrag wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen. -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Bezahlkarte in Bielefeld einführen (Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1062/2025-2030

1155/2025-2030 (Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD)

Herr Schlifter begründet, dass es eine sinnvolle Lösung sei, auf die sich die ehemalige Bundesregierung und alle Ministerpräsidenten geeinigt hätten. Ein Hinweis im Berliner Koalitionsvertrag sei, dass die Bezahlkarte in Deutschland zum Einsatz komme. Es solle nicht auf eine bundeseinheitliche Gesetzgebung gewartet werden.

Herr Kuhlmann erläutert den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD. Die Bezahlkarte solle mit der Verankerung im Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt werden und somit bundesweit verpflichtend sein. Wenn es eine gesetzliche Regelung durch den Bund gäbe, würde die Bezahlkarte auch in Bielefeld umgesetzt werden.

Herr Sahm ergänzt, dass die Bezahlkarte in Brandenburg und Bayern ein Erfolgsmodell sei.

Herr Prof. Dr. Öztürk weist darauf hin, dass es nicht zu einem Flickenteppich in Deutschland kommen solle. Das Asylbewerberleistungsgesetz solle die Richtung vorgeben. Es sei nicht förderlich, dieses Thema auf dem Rücken der Menschen ausgetragen.

Herr Schlifter kritisiert, dass eine Einführung erzwungen werden müsste, bevor die Bezahlkarte eingesetzt würde. Der Flickenteppich in NRW sei durch die Landesregierung entstanden. Die Bekennung zur Einheitlichkeit sei unglaubwürdig.

Herr Gugat merkt an, dass die Einführung der Bezahlkarte, egal auf welcher Ebene beschlossen, falsch sei und ein „nach unten treten“ darstelle.

Frau Jakupi zeigt sich nicht überzeugt davon, dass die Bezahlkarte ein einfaches Mittel gegen Missbrauch darstelle. Es solle versucht werden, die Integration zu erleichtern und nicht von Leistungsmissbrauch und Fluchtanreizen gesprochen werden. Auch der Änderungsantrag bleibe auf derselben Linie und die Entscheidung auf den Bund abgeschoben.

Frau Oberbäumer ergänzt, dass es widersprüchlich sei, dass die Bezahlkarte Leistungsmissbrauch und Fluchtanreize eindämmen und gleichzeitig nichtdiskriminierend sein soll. Frau Oberbäumer stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung solle beauftragt werden, ein System der verpflichtenden Bezahlkarte für Vermögende, Superreiche sowie Personen mit ausgeprägten Optimierungspotential in steuerlichen Gestaltungsfragen einzuführen“.

Herr Dr. Schmitz unterstützt die Auffassung, dass die Bezahlkarte diskriminierend sei. Es gäbe juristische Bedenken gegen zu niedrige Geldbeträge, die die Bezahlkarte ermöglichen solle.

Herr Schraub fasst zusammen, dass es insgesamt drei Meinungen gäbe: die Befürworter, die Gegner und diejenigen, die die Verantwortung auf andere abschieben wollten. Er sei gegen eine Bezahlkarte in jeglicher Form.

-.-.-

Der Antrag der FDP-Fraktion, Drucks.-Nr. 1062/2025-2030, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Der Änderungsantrag von Fau Oberbäumer wird bei einer Enthaltung einstimmig abgelehnt.

-.-.-

Sodann erfolgt die Beschlussfassung über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Beschluss über Drucks.-Nr. 1155/2025-2030:

Die Verwaltung wird beauftragt die weitere Entwicklung der bundesgesetzlichen Regelungen zur Bezahlkarte kontinuierlich zu beobachten und etwaige Umsetzungsschritte auf kommunaler Ebene frühzeitig vorzubereiten. Sobald eine abschließende bundesgesetzliche Regelung (z. B. im Asylbewerberleistungsgesetz) vorliegt, wird diese entsprechend umgesetzt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Veranstaltungen in Bielefeld - Ehrenamt ermöglichen

Zu Punkt 5.1

Veranstaltungen in Bielefeld - stärken, entlasten und unterstützen, Ehrenamt ermöglichen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0997/2025-2030

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Ehrenamt ermöglichen – Stadtteilstärken stärken (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0763/2025-2030

- verlegt -

Zu Punkt 5.2.1 Antrag zu TOP 4.1 "Ehrenamt ermöglichen - Stadtteilstärken stärken (Gemeinsamer Erweiterungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0817/2025-2030

- verlegt -

Zu Punkt 6 Bielefelder Wirtschaftsdaten (WEGE)

Frau Meier präsentiert die Bielefelder Wirtschaftsdaten. Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

In der sich anschließenden Diskussion geht Frau Meier u. a. auf Fragen zur Beschäftigungsquote, zum Fachkräftemangel, zu KI-Lösungen und zu Verkehrsmitteln der Pendler ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 Jährlicher Bericht zum Bielefelder Startup-Paket (WEGE)

Herr Hardieck präsentiert den jährlichen Bericht zum Bielefelder Startup-Paket .

Herr Prof. Dr. Öztürk begrüßt die 12 externen Bewerbungen, sie seien ein gutes Signal.

Auf Fragen von Herrn Schraub, Herrn Hallau, Herrn Möhlmeier und Herrn Schlifter führt Herr Hardieck aus, dass der Mietzuschuss 90 bis 95 % der Gesamtkosten darstelle. Die sonstigen Kosten seien für Weiterbildungsmaßnahmen, Vernetzungsangebote und Veranstaltungen. Bei dem beabsichtigten Mietzuschuss sei der IHK-Mietkosten-Atlas zugrunde gelegt worden. Würde der Mietkostenzuschuss erhöht, dann würden das Mehrkosten in Höhe von 7% darstellen. Ein Startup-Paket würde individuell auf den Kunden zugeschnitten und es werde versucht, ihm umgehend eine Rückmeldung zur möglichen Bewilligung zu geben. Die Teams seien sehr gut

durchmischt, so dass die Einhaltung eines bestimmten Frauenanteils nicht mehr verfolgt werde. Bei der Unterstützung werde sich auf mittelständische Unternehmen und auf den Kunden fokussiert. Es gäbe eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Founders Foundation. Alle Aktionen würden abgestimmt und griffen ineinander.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Jahresbericht der Feuerwehr 2025

Herr Majewski präsentiert den Jahresbericht der Feuerwehr 2025.

In der sich anschließenden Diskussion teilt Herr Majewski mit, dass es ca. 2000 Kräfte bei der Bielefelder Feuerwehr gebe, davon seien 500 Berufsfeuerwehrleute und 1500 Ehrenamtliche. Zusätzlich zur Berufsfeuerwehr habe es 20 bis 30 Einsätze der freiwilligen Feuerwehr in der Silvesternacht gegeben. Die Einsatzzahlen seien gleichbleibend hoch.

Durch die gute Zusammenarbeit mit den Verkehrsplanern sei das Erreichen der Einsatzstellen sichergestellt. Verkehrsbehinderungen machten Schwierigkeiten, seien aber durch eine gute Koordination lösbar. Der Telefonarzt diene ausschließlich der Unterstützung des Rettungsdienstes. Die Fehlalarmierungen durch Brandmeldeanlagen hätten sich um 14% verringert. Bei den Realbrandereignissen sei ein Anstieg zu beobachten. Probleme mit dem ruhenden Verkehr in ein paar Bereichen, diese wären bekannt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Arbeitsgruppe Feuerwehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0901/2025-2030

Herr Dr. Lange stellt folgenden Antrag:

„Analog zur Stellvertretungsregelung im Rat der Stadt Bielefeld wird die Stellvertretung in den jeweiligen Arbeitsgruppen des Rates um alle Ratsmitglieder der jeweiligen Fraktion, die der jeweiligen Arbeitsgruppe nicht angehören, erweitert.“

Beschluss über Drucks.-Nr 0901/2025-2030:

Für die Wahlperiode 2025-2030 werden die folgenden Personen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder in die Arbeitsgruppe Feuerwehr berufen:

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
CDU-Fraktion	Kuhlmann, Steve	Lange, Simon, Dr.

CDU-Fraktion	Krumhöfner, Carsten	Henrichsmeier, Bernd
SPD-Fraktion	Suchla, Frederik	Rörig, Sven
SPD-Fraktion	Reimers, Friederike	Welz, Miriam
AfD-Fraktion	Ostwald, Heliane	Fersen, Sascha
Fraktion B90/Grüne	Kempa, Anette	Hallau, Dominic
Fraktion Die Linke	Schmitz, Dirk, Dr.	Möhlmeier, Dennis
FDP-Fraktion	vom Braucke, Gregor	Kasper, Micha

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion

Analog zur Stellvertretungsregelung im Rat der Stadt Bielefeld wird die Stellvertretung in den jeweiligen Arbeitsgruppen des Rates um alle Ratsmitglieder der jeweiligen Fraktion, die der jeweiligen Arbeitsgruppe nicht angehören, erweitert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Regiopolregion Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0742/2025-2030

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Förderung von Projekten für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0905/2025-2030

Ohne Aussprache fasst der HWBA folgenden

Beschluss:

Auf Empfehlung des Unterausschusses zur Vergabe der Fördermittel für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld vom 05.03.2026 beschließt der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss die Förderung der in der Anlage 1 aufgeführten 20 Projektanträge für das demokratische Zusammenleben in Bielefeld 2026 in der empfohlenen Förderhöhe.

- mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 12 ÖPNV-Gesamtbericht 2024 nach Art. 7 EU-VO 1370/2007 der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0593/2025-2030

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 Übertragung der Planung und Errichtung von drei weiteren Systembauten an Bielefelder Grundschulen und Beauftragung einer baulichen Anpassung eines bereits beauftragten Systembaus von einer OGS- zu einer Zugerweiterung an die Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0735/2025-2030

Ohne Aussprache fasst der HWBA folgenden

Beschluss:

Der Haupt- Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Planung und die Errichtung von drei weiteren Systembauten an Bielefelder Schulen, sowie die bauliche Anpassung eines bereits beauftragten Systembaus von einer OGS-Erweiterung zu einer Zugerweiterung werden im Rahmen einer In-House-Vergabe**

auf Rechnung und zu Lasten des Sondervermögens des Immobilienservicebetriebs (ISB) auf die Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG) übertragen. Das Investitionsvolumen ergibt sich aus dem fortzuschreibenden Wirtschaftsplan des ISB. Der Kostenrahmen beträgt ca. 27 Mio € brutto.

Bei den drei zusätzlichen Systembauten und der baulichen Anpassung eines bereits beauftragten Systembaus handelt es sich im Einzelnen um:

a) GS Heeperholz	Erweiterung um 1 Zug
b) GS Wellbach	OGS-Erweiterung
c) GS Dreekerheide	OGS-Erweiterung
d) GS Bückardt	Die ursprünglich geplante OGS-Erweiterung wird durch die bauliche Anpassung für eine Zugerweiterung ergänzt

2. Die Gesellschafterversammlung der BBVG wird gebeten, alle zur Realisierung des Vorhabens notwendigen Schritte zu beschließen.
3. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die bestehende Vereinbarung mit der BBVG über die Durchführung der Planungs- und Baumaßnahmen zu den Systembauten, um die oben genannten Systembauten und die bauliche Erweiterung eines bereits beauftragten Systembaus zu ergänzen und eine angepasste Vergütung für die Tätigkeit der BBVG zu vereinbaren.
4. Nach Fertigstellung und Abnahme der Gebäude und Inbetriebnahme durch den ISB soll die BBVG bis zum Ablauf der jeweiligen Gewährleistungsfrist verantwortlich für die Abwicklung etwaiger Gewährleistungsansprüche bleiben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Änderung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie – Jugendamt – der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0549/2025-2030/1

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

Die als Anlage beigefügte „4. Änderungssatzung zur Satzung für das Amt für Jugend und Familie – Jugendamt – der Stadt Bielefeld vom 20.08.2010“ wird beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Änderung der Satzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0550/2025-2030/1

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die als Anlage beigefügte „1. Änderungssatzung zur Satzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld vom 11.11.2010“ wird beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Änderung der Satzung für den Kinder- und Jugendrat der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0662/2025-2030/1
0662/2025-2030/2

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss zur Drucks.-Nr. 0662/2025-2030/2

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die als Anlage beigefügte „1. Änderungssatzung zur Satzung für den Kinder- und Jugendrat der Stadt Bielefeld vom 18.10.2023“ wird beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.